Protokoll
der Sitzung der AG Heidekrautbahn am 13.06.2019

Beginn: 18.30 Uhr	Ende: 21.15 Uhr	Tagungsort: Bürgersaal, Franz-Schmidt-Str. 3, OT Schildow

Anwesenheit siehe Teilnehmerliste

Herr Labitzky	FBL Bauen, Ordnung, Bürgerservice	Bürger: ca. 35
Herr Ratayczak	Liegenschaften, Projektmanagement	
Herr Neumann	FDL Bauordnung, Planung, Grünordnung	
Frau M. Voigt	Protokollantin	

Tagesordnung

I. öffentlicher Teil:

Vorlagen-Nr.	TOP	Vorlage
	01	Eröffnung der Sitzung
	02	Informationen der AG
	03	Einwohnerfragestunde
	04	Diskussion der gemeindlichen Stellungnahme zur Planung der Heidekrautbahn
	05	Beratung gemeindliche Planungsansätze für das Umfeld der Haltepunkte
	06	Themenschwerpunkte der Arbeitsgemeinschaft Heidekrautbahn
	07	Verschiedenes

Niederschrift

I. öffentlicher Teil:

TOP 01: Eröffnung der Sitzung

Herr Müller eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 02: Informationen der AG

Herr Müller weist darauf hin, dass der Entwurf des Schreibens an die Niederbarnimer Eisenbahn AG (NEB) unter TOP 04 beraten werde.

TOP 03: Einwohnerfragestunde

Ein Bürger aus Schildow meint, dass in den Unterlagen mal vom Planrechtverfahren, mal vom Plangenehmigungsverfahren oder vom Planfeststellungsverfahren die Rede sei. Er möchte wissen, welches Planrechtsverfahren verfolgt werde.
Herr Dellmann antwortet, dass diese Strecke eisenbahnrechtlich gesichert sei. In Abhängigkeit von den durzuführenden Maßnahmen müsse im Einzelfall geprüft werden, ob ein gesondertes Baurecht notwendig sei. Dies werde im Zuge der Entwurfs- und Genehmigungsplanung geprüft. Dies erfolge gemeinsam mit den zuständigen Genehmigungsbehörden.
Eine Bürgerin bemängelt, dass die Ergebnisse bzw. die sich ergebenen Änderungen der vergangenen Sitzung nicht veröffentlicht wurden. Sie beziehe sich vor allem, auf die von ihr gewünschten Streichung des zweiten Haltepunktes.
Herr Müller sagt, dass alle Punkte, die in der vergangenen Sitzung beraten wurden, Bestandteil des Schreibens an die NEB seien.
D2ie Bürgerin meint, dass es „baulich“ nicht möglich sei, einen Haltepunkt am Kastanienhof einzurichten.
Herr Labitzky weist darauf hin, dass die Baumaßnahmen ausschließlich auf dem Privatgelände (Kastanienhof) umgesetzt wurden. Die Baugenehmigung wurde durch den Landkreis vergeben, zu diesem Zeitpunkt

wurde die Reaktivierung der Heidekrautbahn noch nicht thematisiert.
Herr Dellmann erläutert, dass die NEB alle Anlieger, Gemeinden und Stadtbezirke, um eine Abgabe der anzupassenden Wünsche bis zum 30.06.2019 gebeten habe. Er benennt als Beispiel den Haltepunkt Nord in Schildow, es müsse bis zu diesem Zeitpunkt ein „Wunschhaltepunkt“ benannt werden. Er erläutert die notwendige Vorgehensweise bei einer möglichen Veränderung des Standortes und der Streichung eines Haltepunktes.
Herr Müller sagt, dass der Haltepunkt Schildow Nord heute noch zur Diskussion stehe.
Herr Hentschel möchte wissen, ob die Vorplanungsunterlagen in der Verwaltung vorliegen.
Herr Labitzky bejaht dies.
Herr Hentschel hinterfragt, ob der mögliche Erhalt von Fördermittel zum Lärmschutz überprüft wurde.
Herr Labitzky sagt, dass der Erhalt von Fördermitteln nur bei notwendigem Lärmschutz möglich sei. Derzeit müsse erst noch die Notwendigkeit überprüft werden.
Herr Hentschel weist darauf hin, dass die Bürgerinitiative „Dialog Heidekrautbahn“ ein Nachtfahrverbot bzw. eine Geschwindigkeitsbegrenzung für den Güterverkehr fordert. Der Termin 30.06.2019 sei zu kurzfristig, es werde eine Verlängerung bis zum 30.09.2019 gefordert.
Herr Dellmann sagt, dass ihm kein Förderprogramm für nicht notwendigen Lärmschutz bekannt sei. Er bittet darum, dass diesbezüglich vorliegende Informationen an die Verwaltung weitergeleitet werden. Nachtfahrten sind z.Z. nicht geplant, seien aber rechtlich möglich. Ob die Festlegung im Planverfahren eines grundsätzlichen Nachtfahrverbots bzw. einer Geschwindigkeitsreduzierung möglich sei, werde derzeit geprüft. Er weist darauf hin, dass die Firma Stadler derzeit keinen Nachtverkehr geplant habe, ein Durchgangsverkehr sei nicht möglich.
Herr Brietzke weist darauf hin, dass in der Informationsveranstaltung der Deutschen Bahn zum Thema Lärmschutz, durch die zuständige Mitarbeiterin informiert wurde, dass an dieser Strecke nur mit einer sehr geringen Lärmbelästigung zu rechnen sei. Lärmschutzmaßnahmen sind somit nicht notwendig. Er weist auf alternative Lärmschutzmaßnahmen hin und benennt Beispiele.
Herr Oertner weist auf mögliche Förderprogramme und Testprogramme des Bundes hin. Er befürchtet, dass der Güterverkehr in Zukunft auf die Nachtstunden verlegt werde. Er möchte wissen, ob zwischenzeitlich ein Planungsbüro von der Verwaltung beauftragt wurde.
Herr Müller sagt, dass ein Planungsbüro beauftragt wurde und ein Vertreter heute auch anwesend sei.
Herr Oertner verstehe nicht, dass die Prüfung eines möglichen Nachtfahrverbotes durch die NEB, nicht zeitnah möglich sei.
Herr Dellmann erläutert, wie der Güterverkehr und der Personenverkehr parallel am Tage möglich sei. Alle Planungen der NEB bedürfen der Zustimmung der beiden Bundesländer und der zuständigen Genehmigungsbehörden. Bezüglich der einzureichenden Änderungswünsche durch die Verwaltung stimmte er einer Fristverlängerung bis zum 31.07.2019 zu.
Frau Rennspieß bemängelt, dass die Unterlagen zur Vorplanung, durch die Verwaltung nicht an die Mitglieder dieses Ausschusses weitergeleitet wurden. Sie möchte wissen, ob vorgesehen sei, dass der Bahndamm mit Glyphosat behandelt werde.
Herr Dellmann sagt, dass dies ein gesetzlich zugelassenes Unkrautvernichtungsmittel sei. Die Beantwortung der diesbezüglich eingereichten Anfragen durch Bürger / die Bürgerinitiative „Dialog Heidekrautbahn“ werde noch erfolgen.
Frau Jahnke (Schildow) äußert ihre Bedenken, bezüglich der Fristeinhaltung (Änderungswünsche) durch die Verwaltung.
Herr Labitzky sagt, dass die Fristeinhaltung durch die Verwaltung möglich sei. Er informiert über die aktuelle Sachlage.
Frau Jahnke meint, dass die Mitglieder des Ausschusses nicht ausreichend mit einbezogen werden. Sie spricht einige zu beratende Themen an, z.B. den Einsatz von Glyphosat.
Herr Labitzky sagt, dass der mögliche Einsatz von Glyphosat in der Stellungnahme der Verwaltung nicht thematisiert werde. Derzeit gehe es ausschließlich um grundsätzliche Festlegungen z. B. Standorte der Haltepunkte.
Ein Bürger von Schildow meint, dass die Weiterleitung von Informationen an die Anlieger nicht ausreichend sei. Er meint, dass eine Auslastung der Züge nicht gewährleistet sei. Des Weiteren befürchte er eine Einschränkung der Lebensqualität z. B. durch zu erwartende Staubildung an den Bahnübergängen. Er möchte wissen, wie eine Verbesserung der Information der Anlieger geplant sei.
Herr Müller spricht sich für eine Veröffentlichung der Planungsunterlagen aus.
Herr Hentschel verweist auf den Artikel 2 des Grundgesetzes (Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit) und bittet um diese Einhaltung.
Ein Mitglied der Bürgerinitiative „Dialog Heidekrautbahn“ möchte wissen, ob der Einsatz von Zügen die mit Wasserstoff betrieben werden möglich sei. Er verweist auf Alternativen zu Glyphosat.
Herr Müller sagt, dass bezüglich der wasserstoffbetriebenen Züge eine Anfrage durch den Bundestagsabgeordneten (CDU) an das Bundesverkehrsministerium gerichtet wurde. Derzeit habe er noch kein Antwortschreiben erhalten.
Herr Mikuta-Wothe spricht sich für eine Verlegung des Haltepunktes in Mühlenbeck zum alte Bahnhof aus. Er erläutert die sich daraus ergebenen Vorteile aus seiner Sicht.
Herr Dellmann verweist erneut auf die aktuelle Gesetzgebung (speziell Artikel 2) und die Notwendigkeit de-

rer Einhaltung. Bezüglich des vorgesehenen Einsatzes von wasserstoffbetriebenen Zügen hoffe er auf die Unterstützung aller anliegenden Gemeinden und Stadtbezirke. Ein Einsatz / Kauf sei nur mit Fördermitteln möglich. Er erläutert die geplante Streckenführung / Streckenausbau. Bezüglich der Reaktivierung des alten Bahnhofes zum Haltepunkt, sei er auf ein Meinungsbild der Gemeinde angewiesen.
Herr Oertner spricht sich für einen Einsatz von wasserstoffbetriebenen Zügen aus. Er stellt seine Sicht der geplanten Streckenführung dar.
Herr Dellmann verweist auf die Internetpräsentation der NEB bezüglich des Streckenausbaues, Eigentumsverhältnisse und der Bestellung der Bundesländer. Eine notwendige Veränderung / Nachbesserung der Präsentation werde ggf. von der NEB veranlasst.

TOP 04: Diskussion der gemeindlichen Stellungnahme zur Planung der Heidekrautbahn

Herr Müller verweist auf das Schreiben der Verwaltung an die NEB und verliest einen Teilabschnitt. Er schlägt vor, dass dieses Schreiben Punkt für Punkt diskutiert werde.
Er verliest die Anmerkungen zu dem „Bahnübergang Franz-Schmidt-Straße, OT Schildow".
Frau Liekweg möchte wissen, ob dieses Schreiben bereits an die NEB versendet wurde.
Herr Labitzky sagt, dass dies ein Entwurf sei, Änderungen / Ergänzungen seien möglich.
Herr Müller verliest die Anmerkungen zu dem „Bahnübergang Bahnhofstraße, OT Schildow" und dem „Haltepunkt Schildow Süd".
Herr Dellmann meint, dass die Planungen zum Bahnhofgebäudes nicht in das Planungsverfahren einbezogen werden.
Frau Liekweg möchte wissen, ob an allen Haltepunkten zwei Bahnsteige vorgesehen seien.
Herr Garkisch teilt mit, dass der Haltepunkt Schildow Nord langfristig als „Kreuzungsbahnhof" vorgesehen sei.
Herr Müller verliest die Anmerkungen zu dem „Bahnübergang Schönfließer Straße, OT Schildow", dem „Bahnübergang Mühlenbecker Straße, OT Schildow und dem „Haltepunkt Schildow-Nord".
Herr Peter spricht sich für diesen Haltepunkt aus und begründet dies.
Frau Liekweg schließt sich dem an. Sie erinnert daran, dass an dieser Stelle bereits ein „kleiner" Parkplatz mehrheitlichen Zuspruch hatte.
Es entsteht eine kurze Diskussion.
Herr Müller schlägt vor, dass die *„Variante 1 Haltepunkt an der Mühlenbecker Straße auf der Höhe des Flustückes 229 der Flur 8 von Schildow"* gestrichen werde.
Mehrheitliche Zustimmung.
Herr Peter spricht sich für einen größeren Parkplatz aus, um das Parken in den Seitenstraßen zu verhindern.
Herr Müller verliest die Anmerkungen zu dem „Bahnübergang Großstückenfeld S-Bahnhof Mühlenbeck / Mönchmühle, OT Mühlenbeck".
Herr Dellmann weist auf die hohen zu erwartenden Kosten für die Gemeinde hin.
Herr Peter meint, dass an dieser Stelle auch der Ausbau des Weges (Geh- und Radweg) notwendig sei. Er sagt, dass bereits von einer „Verschiebung" des S-Bahnhofes gesprochen wurde und möchte wissen, ob dies so sei.
Herr Dellmann antwortet, dass dies kein Thema sei. Falls dies von der Gemeinde gewünscht werde, sei ein Planfeststellungsverfahren notwendig, dass von der Landesregierung initiiert werden müsse.
Herr Brietzke stimmt dieser „Schrankenlösung" zu.
Es wird mehrheitlich beschlossen, dass der Absatz: *„Gleichzeitig ist auch eine Variante zu prüfen, die in Verbindung mit dem Eigentümer DB, eine Kragarmlösung auf Bahndammhöhe der DB vorsieht, mit der gleichzeitig die Gleise der NEB überspannt und ein kurzer Weg zum S-Bahnhof geschaffen wird."* gestrichen werde.
Frau Rennspieß schlägt vor, dass durch die NEB mehrere Vorschläge bezüglich der Bahnübergänge unterbreitet werden. Sie möchte wissen, wie die Beschrankung geplant sei.
Herr Garkisch sagt, dass die technische Sicherung sich aus dem technischen Regelwerk ergibt. Diese müsse von der Aufsichtsbehörde genehmigt werden. An dieser Stelle seien zwei Fußgängerschranken vorgesehen. Er erläutert wie die Beschrankung an den anderen Bahnübergängen geplant sei und begründet dies. Die Straßen werden mit Halbschranken und die Geh- und Radwege mit Vollschranken ausgestattet.
Frau Rennspieß regt an, dass alle Bahnübergänge in der Nähe von Schulen / Kitas mit einer Vollschranke versehen werden.
Herr Dellmann erläutert den Vorteil von Halbschranken.
Herr Müller verliest die Anmerkungen zu dem „Bahnübergang Hermann-Grüneberg-Str. / Kastanienallee und dem Haltepunkt Kastanienallee (BFW), OT Mühlenbeck. Er verweist auf den Antrag der Freien Wähler, die Variante *Alter Bahnhof* mit aufzunehmen.
Frau Liekweg möchte wissen, ob der Umsteigeverkehr berücksichtigt wurde. Sie benennt Vorteile eine Verlegung des Haltepunktes zum *Alten Bahnhof* z. B. die Nähe des Gewerbegebietes.
Herr Garkisch sagt, dass diesbezüglich keine Zahlen vorliegen. Er begrüßt eine Verschiebung des Haltepunktes Richtung *Alter Bahnhof* und wird dies in die Entwurfsplanung aufnehmen.
Herr Müller befürwortet die Prüfung mehrerer Varianten.

Herr Brietzke erwähnt eine mögliche Wohnbebauung am *Alten Bahnhof.* Eine Überprüfung der Verschiebung des Haltepunktes in diese Richtung würde er befürworten.
Frau Rennspieß spricht die fehlenden Umsteigemöglichkeiten an.
Es entsteht eine kurze Diskussion über die Vor- und Nachteile einer Verschiebung des Haltepunktes.
Die Mehrheit spricht sich für eine Prüfung der Verschiebung des Haltepunktes aus.
Herr Dellmann sagt, dass die Vorplanung vorliegt. Eine mögliche Prüfung müsse von der Verwaltung beauftragt werden.
Herr Labitzky möchte wissen, warum der von der NEB vorgeschlagene Haltepunkt favorisiert wurde.
Herr Dellmann sagt zu, dass er sich bezüglich der geprüften / berücksichtigten Umsteigemöglichkeiten informieren und diese Informationen an die Verwaltung weiterleiten werde.
Herr Müller bittet Herrn Dellmann, um eine Fristverlängerung bis zum 30.09.2019.
Herr Dellmann antwortet, dass er sich diesen Termin unter Vorbehalt notiere.
Herr Lukas meint, dass die Fläche auf der Seite von Collonil für einen Haltepunkt zur Verfügung stehe.
Herr Müller verliest die Anmerkungen zu dem „Bahnübergang Schönerlinder Straße, OT Mühlenbeck.
Herr Lukas bezieht sich auf die Bahnstrecke an der Franz-Schmidt-Straße, er meint, dass hier sicher eine Sicherheitsvorrichtung notwendig sei, z. B. Zaun. Er möchte wissen, ob dieser von der Gemeinde finanziert werden müsse.
Herr Garkisch sagt, dass hier vermutlich Leitplanken zu Kosten der Gemeinde errichtet werden.
Herr Müller bittet darum, dass das vorliegende Schreiben an die NEB überarbeitet werde und die heutigen Vorschläge eingearbeitet werden.
Die Mehrheit der Ausschussmitglieder stimmt dem zu.
Herr Berschneider bemängelt, dass bisher eine Einsicht in die Planungsunterlagen nicht möglich war. Die vorgeschlagene Fristverlängerung sei aus seiner Sicht unverzichtbar.
Herr Müller erinnert an die Fristverlängerung, 30.09.2019. Er meint, die Einarbeitung der heutigen Vorschläge sei möglich.
Herr Dellmann sagt, dass eine Weiterleitung der Planungsunterlagen an die Mitglieder des Ausschusses durch die Verwaltung möglich sei. Er erinnert daran, dass diese Unterlagen den Stand per 17.01.2019 beinhalten.

TOP 05: Beratung gemeindliche Planungsansätze für das Umfeld der Haltepunkte

Herr Labitzky stellt Herrn Reibetanz von der Gruppe Planwerk (von der Gemeinde beauftragte Planungsbüro) vor.
Herr Reibetanz stellt sich und das Unternehmen anhand einer PowerPoint Präsentation ausführlich vor. Er benennt einige Punkte, die durch diese Firma geprüft werden.
Herr Berschneider möchte wissen, wann mit dieser Zuarbeit zu rechnen sei.
Herr Reibetanz sagt, dass er derzeit nicht in Lage sei, ein Datum zu benennen. Sie werden die dringenden Punkte vorrangig bearbeiten.
Herr Müller bemängelt, dass das Planungsbüro nicht zeitnah beauftragt wurde.
Frau Rennspieß hinterfragt den nächsten Sitzungstermin des Ausschusses Heidekrautbahn.
Herr Müller schlägt vor, dass dieser Ausschuss zeitnah mit den anderen Ausschüssen (39 KW) die nächste Sitzung plane.
Herr Peter spricht sich für eine zeitnahe Information aller Ausschussmitglieder aus.

TOP 06: Themenschwerpunkte der Arbeitsgemeinschaft Heidekrautbahn

Herr Berschneider hält es für unabdingbar den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) frühzeitig mit einzubeziehen.
Herr Müller stimmt dem zu. Auch eine Einbeziehung der Oberhavel Verkehrsgesellschaft mbH (OVG) sei von Vorteil.

TOP 07: Verschiedenes

Herr Dellmann bittet darum, dass die dringenden Änderungen zeitnah eingereicht werden. In der 29. KW oder 30. KW sei eine Streckenfahrt der NEB geplant. Er weist darauf hin, dass die Teilnehmerzahl begrenzt sei. Es werden alle Mitglieder des Ausschusses und Vertreter der BI eine Einladung erhalten.
Herr Müller bedankt sich für dieses Angebot.
Herr Labitzky schlägt vor, dass zu einer der kommenden Sitzungen Vertreter des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (ÖPNV) eingeladen werden.
Eine Vertreterin der Bürgerinitiative „Dialog Heidekrautbahn“ möchte wissen, ob die Möglichkeit bestehe, dass in den kommenden Sitzungen Vertreter der BI ein Stimmrecht erhalten.
Herr Grimm erwähnt die Möglichkeit, als sachkundigen Einwohner teilzunehmen und erläutert diese.